

S C H Ü T Z T
UNSERE DEMOKRATIE

7

**ISLAMISCHER
EXTRE
MISMUS**



Bayerisches Staatsministerium des Innern

Islam

- Religion und Staatsform

Absolutheitsanspruch des Islamismus

In Deutschland leben rund drei Millionen Ausländer mit muslimischem Glauben. Ein kleiner, in islamischen Gruppierungen organisierter Teil (etwa 1%) versucht, Muslime in Deutschland durch ein umfassendes Angebot an sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und religiösen Einrichtungen im Sinn des islamischen Fundamentalismus zu beeinflussen.

Der Islam als Religion und seine Ausübung werden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Beobachtung unterliegen jedoch Bestrebungen, die von islamischen Gruppen ausgehen und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und andere Verfassungsprinzipien richten (islamischer Fundamentalismus), aber auch solche, die durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Der Islamismus verwirklicht sich durch die Rechtsordnung der Scharia, die für Staat und Gesellschaft unmittelbar verbindlich ist. Die Trennung von Staat und Religion in westlichen Staaten wird nicht nur als „un-islamisch“ abgelehnt, sondern auch aktiv bekämpft.

Nach Auffassung der geistigen Väter des Islamismus entspricht dieser als einziges gesellschaftliches System in jeder Hinsicht völlig der menschlichen Natur. Nur die islamische Gesellschaftsordnung könne die von allen Menschen herbeigesehnte zivilisierte Gesellschaft schaffen. Das Mittel zur Durchsetzung des „islamischen Systems“ sei der **„Djihad“** (Heiliger Krieg zur Verteidigung und Verbreitung des Islam). Darunter seien alle „zum Sieg verhelfenden“ Maßnahmen zu verstehen.

Gemäßigte Islamisten wollen die Verwirklichung des „islamischen Systems“ gewaltfrei durch eine schrittweise Reform in allen Bereichen der Gesellschaft erreichen. Dies stößt bei den militanten Islamisten auf Ablehnung. Sie fordern, der islamische Staat müsse mit Gewalt – auf revolutionäre Art – errichtet werden.

Unabhängig vom Weg verfolgen gemäßigte und militante Islamisten jedoch gemeinsam das Ziel der Errichtung eines islamischen „Gottesstaats“, und zwar nicht nur in ihren jeweiligen Heimatländern, sondern weltweit.

Beobachtung durch den Verfassungsschutz

In Deutschland unterliegen derzeit 22 islamistische Gruppierungen der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. In ihnen sind mehr als 30.000 Muslime organisiert.

Größte extremistische Vereinigung von Ausländern in Deutschland ist die türkische „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (**IGMG**) mit 26.000 Mitgliedern, gefolgt von der multinationalen „Muslimbruderschaft“ (**MB**), die 1.250 Mitglieder zählt, und dem „Kalifatsstaat“ (**Hilafet Devleti**) mit 800 Anhängern. Die übrigen Anhänger des islamischen Fundamentalismus verteilen sich auf Gruppierungen von Personen aus dem arabischen Raum, auf Zusammenschlüsse von Türken und von Iranern sowie von Personen aus Afghanistan.

Arabische Islamisten

Derzeit leben in Deutschland etwa 3.150 Anhänger arabischer islamistischer Gruppierungen. Ihr Einfluss auf das gesellschaftliche und politische Leben in Deutschland war bisher gering. Zwar verurteilten sie vielfach in öffentlichen Verlautbarungen die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001, intern jedoch kommentierte eine Reihe von Anhängern diese Angriffe auf die freie westliche Welt mit Genugtuung, teilweise sogar mit Freude.

Die größte Bedrohung geht derzeit von den „arabischen Mudjahidin“ aus, die in einem losen Netzwerk den internationalen „Djihad“ führen. Ihre Gefährlichkeit beruht auf ihrer antiwestlichen Zielrichtung, ihrer Gewaltbereitschaft und ihrer weltweiten Zusammenarbeit. Wegen ihrer Leitfunktion kommt der Organisation „al-Qaida“ des Usama Bin Ladin dabei eine besondere Bedeutung zu. Bin Ladin gilt als maßgeblicher finanzieller Unterstützer der islamistischen Bestrebungen. Er ist verantwortlich für die Selbstmordanschläge am 11. September 2001 in New York und Washington und weitere schwere Terrorakte gegen US-Einrichtungen wie die Sprengstoffanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam im August 1998.

Die sunnitisch-extremistische „**Muslimbruderschaft**“ (**MB**) fungiert als „ideologische Mutterorganisation“ für zahlreiche islamistische Gruppen. Auch die MB wendet sich gegen eine Integration der Muslime in Deutschland und versucht, durch Mitarbeit in islamischen Dachverbänden den politischen Einfluss in Deutschland zugunsten der Muslime auszuüben. Deutsche Zentrale der MB ist die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (**IGD**). Sie hat ihren Sitz im „Islamischen Zentrum München“ (**IZM**). Andere Islamische Zentren sind der IGD nachgeordnet. Wiederholt enthielten die in diesen Zentren gehaltenen Reden Aufrufe zum „Djihad“ und zum Sturz der „un-islamischen“ arabischen Regierungen.

Einige Gruppen unterstützen von deutschem Boden aus den in der Heimat oft mit terroristischen Mitteln geführten Kampf ihrer islamischen Brüder. Hierzu gehören als algerischer Zweig der MB die „Islamische Heilsfront“ (**FIS**) und

ihr militärischer Arm „Islamische Heilsarmee“ (**AIS**), die bis 1997 für zahlreiche Terroranschläge in Algerien verantwortlich waren. Die „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (**GIA**) und die „Salafiyya-Gruppe für die Mission und den Kampf“ (**GSPC**) verüben dort nach wie vor Massaker.

Türkische Islamisten

Die **Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)** ist ein Sammelbecken von Anhängern der seit Juni 2001 in der Türkei verbotenen „Tugendpartei“ (FP) bzw. der jetzigen „Glückseligkeitspartei“ (SP). Die IGMG erhebt Anspruch auf gesellschaftliche Dominanz und strebt nicht etwa eine friedliche Koexistenz, sondern die Vorherrschaft des Islam an. Dazu betreibt sie derzeit eine Kampagne mit dem Ziel, ihre Mitglieder zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu motivieren. Anders als in ihren offiziellen Verlautbarungen bezweckt sie damit aber nicht die Förderung der Integrationsbereitschaft ihrer Anhänger. Sie will vielmehr mit Hilfe eingebürgerter Muslime in Deutschland eine eigene Partei gründen und damit islamisch-extremistische Positionen, wie sie von der verbotenen FP vertreten wurden, im politischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft verankern. Zwar betont sie nach außen ständig, sie akzeptiere auch eine nicht-islamische Gesellschafts- und Rechtsordnung; ihr Leitfadensind jedoch der Koran und die Scharia.

Der „**Kalifatsstaat**“ (**Hilafet Devleti**) forderte eine islamische Revolution in der Türkei nach dem Beispiel des Iran. Mit Aufrufen zum gewaltsamen Vorgehen gegen den türkischen Staat und zu militanten Aktionen in der Türkei beeinträchtigte der Verband auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland. Kontakte zur „al-Qaida“ des Usama Bin Ladin verwiesen auf ideologische Übereinstimmung mit dessen gewaltorientierten antiwestlichen Positionen. Mit Nachdruck wandte sich der „Kalifatsstaat“ gegen die Integration türkischer Staatsangehöriger in Deutschland. Der Verband wurde Ende 2001 vom Bundesministerium des Innern verboten.



Emblem der GIA



Emblem der FIS



Emblem der IGMG



Emblem der MB



Emblem des „Kalifatsstaats“

Wachsamkeit – Preis der Freiheit

Den Wert eines Gutes erkennt man häufig erst, wenn man es verloren hat. Für uns ist es selbstverständlich, frei unsere Meinung zu sagen, frei zu wählen, frei zu reisen. Dass dies aber nicht immer selbstverständlich ist, zeigen NS-Diktatur und das Unrechtsregime in der ehemaligen DDR.

Auch die terroristische Gewalt bedroht die Freiheit. Die Anschläge islamischer Extremisten am 11. September 2001 in den USA sind Angriffe auf die freie Welt.

Um die Freiheit zu bewahren, müssen wir die Extremisten und ihre wahren Ziele erkennen. Deshalb haben die Verfassungsschutzbehörden die gesetzliche Aufgabe, extremistische Bestrebungen zu beobachten, Verfassungsfeinde öffentlich zu entlarven und deren Ziele darzustellen.

Mit diesem Faltblatt aus der Reihe „SCHÜTZT UNSERE DEMOKRATIE“ wollen wir Sie über extremistische Bestrebungen informieren. Damit Sie Extremisten erkennen und ihnen eine eindeutige Absage erteilen können. Es geht um Ihre Freiheit und um Ihre Sicherheit.

Die Faltblattreihe erscheint im Rahmen einer Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Gewalt. Wenn Sie mehr über extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern wissen wollen, dann schreiben Sie an

Bayerisches Staatsministerium des Innern
- **Stichwort: Verfassungsschutz** -
Odeonsplatz 3, 80539 München

oder informieren Sie sich im Internet unter den Adressen

<http://www.innenministerium.bayern.de>
<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>